

Großer, Günter

Article

Unterschiedliche Wachstumsbedingungen in den wichtigsten Industrieländern

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter (1967) : Unterschiedliche Wachstumsbedingungen in den wichtigsten Industrieländern, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 47, Iss. 3, pp. 139-143

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/133693>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Unterschiedliche Wachstumsbedingungen in den wichtigsten Industrieländern

Günter Groß, Hamburg

Immer wenn in der Bundesrepublik ein konjunktureller Aufschwung ausläuft, mehren sich die Stimmen, daß nach dem raschen Wiederaufbau in den Nachkriegsjahren nunmehr die Zeit niedrigerer, „normaler“ Wachstumsraten angebrochen sei. Häufig stehen diese Vorstellungen zwar allzusehr unter dem Eindruck der temporären, konjunkturellen Flaute, aber der Tendenz nach werden sie von der längerfristigen Entwicklung und den mittelfristigen Prognosen bis zu einem gewissen Grade bestätigt. Angesichts der Bedeutung, die das Wirtschaftspotential eines Landes für seine internationale Position in ökonomischer wie politischer Beziehung hat, ergibt sich die Frage, wie sich Wirtschaftswachstum und Wachstumsaussichten der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen westlichen Volkswirtschaften ausnehmen.

Die folgende Analyse stellt das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik der Entwicklung in den wichtigsten westeuropäischen Industrieländern — Frankreich, Italien und Großbritannien — sowie in den USA und Japan gegenüber. Als Vergleichszeitraum dienen die Jahre seit 1955. Untersucht wird einerseits die jeweilige Steigerung des Sozialprodukts und andererseits — in großen Zügen — die Veränderung im Einsatz der wichtigsten Produktionsfaktoren Arbeit und Anlagekapital, die dann wiederum Rückschlüsse auf die mittelfristigen Wachstumsaussichten gestattet.

BUNDESREPUBLIK: WACHSTUM NUR NOCH DURCH PRODUKTIVITÄTSSTEIGERUNG

Die jüngste konjunkturelle Abschwächung in der Bundesrepublik läßt die Wachstumsraten des vorangegangenen Jahrzehnts seit 1955 als außerordentlich hoch erscheinen. In diesem Zeitraum wurde die von der Bundesregierung — unter den gegenwärtigen Bedingungen — als mittelfristiges Ziel verkündete Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Leistung um jährlich 4 % nur in zwei Jahren nicht ganz erreicht (1958 und 1963), meistens aber erheblich übertroffen. Allerdings wurde die Tendenz zur Wachstumsverlangsamung bereits deutlich. Das Bruttoinlandsprodukt stieg preisbereinigt im Jahresdurchschnitt von 1955 bis 1960 um 6,3 %, von 1960 bis 1965 „nur noch“ um 4,9 %.

Die Entwicklung des Arbeitskräftepotentials in der Bundesrepublik läßt die Basis für das kräftige Wirtschaftswachstum in der Vergangenheit und den wich-

tigsten Grund für seine Verlangsamung erkennen. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg nämlich von 1955 bis 1960 noch um 2,0 Mill., d. h. jährlich um 1,7 %. Das Reservoir bildete einmal der Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen — nicht zuletzt durch die Zuwanderung aus Mitteldeutschland —, zum anderen wurde die Arbeitslosigkeit, die im Ausgangsjahr 1955 mehr als 5 % der unselbständigen Erwerbspersonen traf, weitgehend abgebaut. Von 1960 bis 1965 stieg dann die Zahl der Erwerbstätigen nur um 0,9 Mill., d. h. jährlich um 0,7 %, und zwar im wesentlichen durch die Einwanderung von Ausländern.

Entspannend wirkte dabei auf dem Arbeitsmarkt die anhaltende Verschiebung der Beschäftigungsstruktur. Die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft sank nämlich kontinuierlich von 1955 bis 1965 um 1,3 Mill. von fast 19 % auf 11 % aller Erwerbstätigen. Dies erleichterte die Arbeitskräfteversorgung in allen übrigen Wirtschaftsbereichen und machte dort wiederum per Saldo ein Drittel des Zugangs an Erwerbstätigen aus. Künftig wird diese Wanderung innerhalb der Volkswirtschaft für die Produktionssteigerung der nichtlandwirtschaftlichen Bereiche noch erhöhte Bedeutung haben, da die Gesamtzahl der verfügbaren einheimischen Arbeitskräfte vorerst zurückgeht.

Die schnelle Erweiterung des sachlichen Produktionspotentials in der Bundesrepublik schlug sich in der überproportionalen Zunahme der Anlageinvestitionen nieder. Ohne die Aufwendungen für den Wohnungsbau stiegen sie preisbereinigt im Jahresdurchschnitt von 1955 bis 1960 um 8,2 % und auch im folgenden Jahrfünft, bei verlangsamtem gesamtwirtschaftlichen Wachstum, mit 7,8 % jährlich kaum schwächer. Der Anteil der Anlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau) am Bruttoinlandsprodukt stieg von 17,3 % im Jahre 1955 auf 20,8 % im Jahre 1965.

Die fortgesetzte Erhöhung der Investitionsquote hat jedoch nicht verhindert, daß sich der Anstieg der Produktivität — definiert als reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen — von 4,6 % jährlich im Zeitraum 1955 bis 1960 auf 4,2 % im Zeitraum 1960 bis 1965 verringert hat¹⁾. Nach der Projektion unabhängiger Sachverständiger, erstellt für die EWG-Kom-

¹⁾ Die Rolle der Arbeitszeitverkürzung bleibt in dieser Untersuchung außer Betracht, da keine international vergleichbaren Angaben verfügbar sind.

mission, ist mittelfristig eine weitere Abnahme der Produktivitätssteigerung nicht ohne weiteres zu erwarten.

Diese Tatsache unterstreicht, daß das von der neuen Bundesregierung proklamierte mittelfristige Wachstumsziel von jährlich 4% auch unter den gegenwärtigen, durch einen leichten Rückgang des heimischen Arbeitskräftepotentials gekennzeichneten Bedingungen auf der Angebotsseite grundsätzlich erreichbar ist. Allerdings ist für das laufende Jahrfünft, nach einer realen Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von 2,6% im Jahre 1966 und noch ungünstigeren Aussichten für 1967, mit einem niedrigeren Ergebnis zu rechnen. Hier zeigt sich, wie sehr die Herausbildung schwerwiegender Ungleichgewichte mit nachfolgendem Zwang zu entsprechend scharfen konjunkturpolitischen Restriktionsmaßnahmen das Wachstumstempo einer Volkswirtschaft drosseln kann.

FRANKREICH: PLANZIELE ERFORDERN EINWANDERUNG

Anders als in der Bundesrepublik hat sich das wirtschaftliche Wachstum in Frankreich seit Mitte der fünfziger Jahre tendenziell geringfügig beschleunigt. Die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts betrug von 1955 bis 1960 — durch die relativ lange Stabilisierungsphase 1958/59 gehemmt — 4,8% und von 1960 bis 1965 — mit einer nur milden Stabilisierungsphase am Ende des Zeitraums — 5,1%. Danach dürfte die Wachstumsrate 1966 noch etwas höher gewesen sein, während sich für 1967 eine leichte Verringerung abzeichnet.

Das wirtschaftliche Wachstum war in Frankreich bisher nur von einer schwachen Zunahme der Erwerbstätigenzahl begleitet. Von 1955 bis 1960 stieg sie um jährlich knapp 0,2%, von 1960 bis 1965 um 0,3%. Im laufenden Jahrfünft wird jetzt mit einer verdoppelten Zunahme gerechnet. Diese Erweiterung des eingesetzten Arbeitskräftepotentials setzt angesichts der niedrigen Arbeitslosigkeit und einer nur geringen Zunahme der einheimischen Erwerbsbevölkerung weiterhin eine beachtliche Einwanderung voraus.

Eine große Bedeutung hatte auch in Frankreich die Änderung der Beschäftigungsstruktur. Die starke Abwanderung aus der Landwirtschaft trug hier entscheidend zur Arbeitskräfteversorgung in den übrigen Wirtschaftszweigen bei. 1955 waren noch 25% aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Bis 1965 hatte sich dieser Anteil durch die Abwanderung von rund 1,5 Mill. Personen auf 17% verringert.

Die Produktionssteigerung der französischen Wirtschaft wurde ermöglicht durch eine kräftige Zunahme der Investitionstätigkeit. Von 1955 bis 1960 wuchsen die Anlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau) im Jahresdurchschnitt um 6,8% real, von 1960 bis 1965 um 7,6%. Ihr Anteil am Bruttosozialprodukt erhöhte

sich von 13,1% im Jahre 1955 auf 15,0% im Jahre 1965. Er blieb damit allerdings erheblich niedriger als in der Bundesrepublik. Das gilt auch bei einem Vergleich allein der Investitionen, die unmittelbar mit dem Produktionsprozeß im Zusammenhang stehen.

Die steigenden Investitionen waren, erheblich unterstützt durch den Wandel der Beschäftigungsstruktur, die Voraussetzung für eine kräftige Produktivitätssteigerung. Das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen wuchs von 1955 bis 1960 im Jahresdurchschnitt um 4,6%, und von 1960 bis 1965 war die Zunahme sogar noch etwas größer.

Im laufenden französischen Wirtschaftsplan (1966 bis 1970) wird damit gerechnet, daß sich die Produktivität in leicht verringertem Tempo erhöht. Wenn aber gleichzeitig die einkalkulierte größere Zunahme der Erwerbstätigenzahl — unter der Annahme eines fortgesetzten Anstiegs der Beschäftigung von Ausländern — eintritt, so wären die Voraussetzungen für eine Realisierung des angestrebten Wirtschaftswachstums von weiterhin 5% jährlich auf der Angebotsseite gegeben. Die Entwicklung 1966 lag bereits auf dieser Linie, und mit gewissen Einschränkungen könnte dies auch für 1967 gelten.

ITALIEN: INVESTITIONSQUOTE MUSS STEIGEN

Die italienische Wirtschaft befindet sich gegenwärtig in einem kräftigen Konjunkturaufschwung. Über einen längeren Zeitraum hinweg gesehen hat sich jedoch das Wirtschaftswachstum leicht verlangsamt. War das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt ab 1959 vier Jahre hintereinander jeweils um mehr als 6% gestiegen, so ermäßigte sich seine Zunahme danach erheblich und war 1964 und 1965 in einer Phase der Stabilisierung nur noch halb so hoch. Die starke Dämpfung in diesen beiden Jahren ließ die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 5,5% in den Jahren 1955 bis 1960 auf 5,1% in den Jahren 1960 bis 1965 zurückgehen.

Die wirtschaftliche Expansion ist in Italien durch Arbeitskräftemangel nie ernstlich behindert worden, von einzelnen Ballungsräumen und bestimmten beruflichen Qualifizierungen abgesehen. Im Gegenteil, die offene und verdeckte Unterbeschäftigung übte einen permanenten Druck zur Befolgung einer forcierten Wachstumspolitik aus. Von 1955 bis 1960 stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt jährlich um 1,3%. 1960 bis 1965 war jedoch die Zunahme nur halb so groß, da die Stabilisierungsmaßnahmen am Ende des Zeitraums Beschäftigungseinbußen zur Folge hatten. Trotz anhaltender Auswanderung waren daher 1966 wieder 3,8% aller Erwerbspersonen arbeitslos (1963: 2,5%). Dazu trug auch bei, daß bisher verdeckte Arbeitslosigkeit in stärkerem Maße sichtbar wurde, denn in den sechziger Jahren hat sich

die Abwanderung aus der überbesetzten Landwirtschaft beschleunigt. Auf sie entfielen jedoch 1965 immer noch 25 % aller Erwerbstätigen (1955: 36 %).

Die Änderungen des Expansionstempos der italienischen Wirtschaft waren begleitet — und auch mitverursacht — durch ungewöhnlich starke Schwankungen der Investitionstätigkeit. Von 1955 bis 1960 wurden die Anlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau) im Durchschnitt jährlich um 8,3 % real erhöht. Nach weiterem kräftigem Anstieg folgte 1964/65 ein schwerer Rückschlag, so daß die Anlageinvestitionen 1965 bei Berücksichtigung des Preisanstiegs nur noch wenig höher waren als schon fünf Jahre zuvor. Der Anteil der Anlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt, der von 14,8 % im Jahre 1955 auf 16,6 % im Jahre 1963 gestiegen war, ging daher bis auf 12,2 % zurück.

Die vorangegangene große Investitionswelle ab 1959 hatte jedoch die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die gesamtwirtschaftliche Produktivität je Beschäftigten im Durchschnitt der Jahre 1960 bis 1965 mit 4,5 % trotz des etwas verlangsamten Produktionswachstums schneller stieg als in den Jahren 1955 bis 1960. Dazu trug der durch beschleunigte Abwanderung aus der Landwirtschaft verstärkte Struktureffekt bei.

Neben der weiteren Freisetzung in der Landwirtschaft kann auch künftig die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der italienischen Volkswirtschaft schon auf Grund des natürlichen Bevölkerungswachstums noch merklich zunehmen. Darüber hinaus aber sind der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Verringerung der Auswanderung sogar autonomer Antrieb einer möglichst expansiv orientierten Wirtschaftspolitik. Auch wenn die Produktivitätsfortschritte infolge der seit 1964 relativ niedrigen Anlageinvestitionen in den nächsten Jahren wieder etwas geringer würden, wird es so von der Angebotsseite her möglich sein, zunächst weiterhin — wie im Entwicklungsprogramm vorgesehen — eine reale Zunahme des Sozialprodukts um jährlich 5 % zu verwirklichen. Die Expansion war 1966 bereits etwas stärker, und die Aussichten für das laufende Jahr sind ebenso günstig. Es stellt sich jedoch die schwierige Aufgabe, für eine dauerhafte Sicherung des angestrebten Wachstumspfades die Investitionsquote wieder beträchtlich zu erhöhen, ohne daß die gewonnene Stabilität erneut aufs Spiel gesetzt wird.

GROSSBRITANNIEN:

ZAHLUNGSBILANZ ALS EXPANSIONSBREMSE

In Großbritannien, dessen Wirtschaft gegenwärtig ähnliche Rezessionssymptome aufweist wie die der Bundesrepublik, nahm das Bruttoinlandsprodukt schon während der ganzen Nachkriegszeit im Durchschnitt nur um jährlich rund 3 % real zu. Das ungünstige Bild wird auch dadurch nicht vorteilhafter, daß sich die Wachstumsrate von 2,6 % im Zeitraum

1955 bis 1960 auf 3,3 % in den Jahren 1960 bis 1965 erhöhte; denn am Ende dieser Periode stand die akute Störung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, die wieder einmal eine scharfe Restriktionspolitik erzwang.

Das mäßige Produktionswachstum in Großbritannien ist nicht mit einer entsprechend ungünstigeren Entwicklung der Erwerbsbevölkerung zu erklären. So nahm die Zahl der Erwerbstätigen von 1960 bis 1965 im Durchschnitt um jährlich 0,8 % zu, stärker als in den drei anderen großen westeuropäischen Industrieländern. Auch war die Arbeitszeitverkürzung keineswegs besonders groß.

Die Anlageinvestitionen (ohne Wohnungsbau) stiegen in Großbritannien real von 1955 bis 1965 im Jahresdurchschnitt um 6,0 %, d. h. erheblich schneller als die Gesamtproduktion. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich gleichzeitig von 11,5 % auf 14,2 %. Damit erreichte Großbritannien nicht ganz die französische und erst recht nicht die deutsche Quote. Hier bietet sich zumindest eine partielle Erklärung für das schwache Wirtschaftswachstum.

Die Investitionsquote erlaubte offenbar nur relativ geringe Produktivitätsfortschritte, zumal die britische Volkswirtschaft bei einem bereits sehr kleinen Agrarsektor nur wenig Gewinn aus Strukturverschiebungen ziehen konnte. Das reale Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten nahm von 1955 bis 1960 um 2,2 % und von 1960 bis 1965 nur wenig schneller um 2,5 % zu.

Das langsame Wachstum der britischen Volkswirtschaft war von den Ressourcen her nicht zwangsläufig; schließlich ist die Investitionsquote eine beeinflussbare Größe. Eine merkliche Erhöhung innerhalb kurzer Zeiträume hat jedoch in der Regel zunehmende Spannungen zur Folge. In Großbritannien wirkte dabei immer wieder die strukturell schwache außenwirtschaftliche Position als entscheidende Bremse.

Die gegenwärtige Konsolidierung der Zahlungsbilanz war nur um den Preis einer annähernden Stagnation des Wirtschaftswachstums möglich. Da außerdem die Erwerbsbevölkerung vorerst kaum noch weiter zunehmen wird, bleiben die Wachstumsaussichten in Großbritannien weiterhin relativ ungünstig. Ausschlaggebend wird sowohl für die Steigerung der Produktion wie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit die Erhöhung der Produktivität sein. Auch wenn künftig dafür durch eine Dämpfung des privaten Konsums und eine verstärkte Förderung der Investitionstätigkeit bessere Voraussetzungen geschaffen werden, so ist es unwahrscheinlich, daß sich das mittelfristige Wachstumstempo schon in den nächsten Jahren — zumal bei Aufrechterhaltung der Währungsparität — nennenswert über 3 % jährlich hinaus steigern läßt.

USA:**WEITERHIN GROSSES WACHSTUMSPOTENTIAL**

Die gegenwärtige Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den USA vollzieht sich nach einer ungewohnt langen Periode kräftigen Wirtschaftswachstums. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt von 1955 bis 1960 preisbereinigt im Jahresdurchschnitt nur um 2,2 % gestiegen war, erhöhte sich die Wachstumsrate im folgenden Jahrfünft sprunghaft auf 4,7 %. In dieser Periode spielte der Vietnam-Krieg noch keine Rolle. Die Beschleunigung wurde vielmehr ausschließlich durch den von Präsident Kennedy eingeleiteten Übergang zu einer expansiven Finanzpolitik herbeigeführt.

Die Politik der Wachstumsförderung wurde vor allem durch die Situation auf dem Arbeitsmarkt erzwungen. So gab es 1961 rund 4,8 Mill. Arbeitslose, da in den vorangegangenen Jahren schwacher Expansion die starke Zunahme der Erwerbsbevölkerung über die Schaffung neuer Arbeitsplätze (1955 bis 1960: + 1,0 % jährlich) hinausgegangen war. In den folgenden Jahren kräftiger Expansion stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt um jährlich 1,6 %. Dadurch gelang es, die Zahl der Arbeitslosen bis 1966 auf 3,0 Mill. (3,7 % der Erwerbspersonen) zu senken. Erschwerend wirkte sich dabei die auch in den USA sogar noch beschleunigte Freisetzung in der Landwirtschaft aus. Während auf diesen Bereich 1955 über 10 % der Erwerbstätigen entfielen, waren es 1966 nur noch 5,4 %.

Weitaus stärker als im Arbeitskräfteeinsatz schlug sich die Wachstumsbeschleunigung in der Investitionstätigkeit nieder. Ihr Volumen (hier allein private Investitionen, ohne Wohnungsbau) nahm von 1955 bis 1960 im Durchschnitt nur um jährlich 1,4 % zu, von 1960 bis 1965 dagegen um 6,6 %. Der Anteil der privaten Anlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt, der 1960 — wie schon 1955 — 9,6 % betrug, stieg im Verlauf des Aufschwungs bis 1966 auf 10,7 %. Unter Einschluß der staatlichen Bauinvestitionen erreichte die Investitionsquote der USA etwa 14 % (1966).

Offensichtlich verfügte die amerikanische Volkswirtschaft zu Beginn der sechziger Jahre noch über beträchtliche Kapazitätsreserven, die lediglich durch verstärkten Arbeitskräfteeinsatz zur Produktionssteigerung beitragen konnten. Das reale Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten nahm denn auch selbst 1960 bis 1965, bei starkem gesamtwirtschaftlichen Wachstum, um kaum mehr als 3 % jährlich zu (nach allerdings nur plus 1,2 % im vorangegangenen Jahrfünft). Im EWG-Raum etwa betrug diese Rate bei ungefähr gleicher Sozialproduktszunahme 4,2 %.

Bei Aufrechterhaltung der erhöhten Investitionsquote erscheint es durchaus möglich, weiterhin Produktivitätssteigerungen im bisherigen Umfang zu realisieren. Da sich auch die Zahl der Erwerbstätigen vorerst noch in

kaum vermindertem Umfang steigern läßt, wären in den USA die Voraussetzungen für eine mittelfristige Zunahme des Sozialprodukts um annähernd 4,5 % jährlich vorhanden. Eine nennenswert niedrigere Wachstumsrate, etwa unter 4 %, könnte sehr schnell zu einem Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit führen.

Notwendig ist allerdings auch in den USA eine Wirtschaftspolitik, der es gelingt, durch eine entsprechende Beeinflussung der Nachfrageentwicklung der verstärkten Tendenz zu binnen- und außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten wirksam entgegenzutreten und so dem sonst unausweichlichen Zwang zu einer Restriktionspolitik zu entgehen. Für die Dauer des Vietnam-Krieges wird es allerdings schwierig sein, ein spannungsfreies Wirtschaftswachstum als dominierendes Ziel zu verfolgen.

JAPAN:**UNGEFÄHRDETER „SPITZENREITER“**

Die stärkste Expansion weist unter den westlichen Industrieländern gegenwärtig wieder einmal Japan auf. Das Bruttosozialprodukt stieg dort 1966 nach ersten Schätzungen real um etwa 9 %. Diese Rate entspricht auch annähernd dem langfristigen Durchschnitt von 9,6 % jährlich zwischen 1955 und 1965. Allerdings verlief das Wachstum sehr unstetig. So nahm das Bruttosozialprodukt 1960, 1961 und 1964 jeweils um rund 15 %, andererseits 1958 und 1965 nur um 3 bis 4 % zu.

Die japanische Wirtschaft bewältigte die außerordentliche Produktionssteigerung mit einer relativ geringen Vergrößerung des Arbeitskräftepotentials. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm insgesamt von 1955 bis 1965 nur um durchschnittlich 1,4 % pro Jahr zu, d. h. nicht viel schneller als in den USA und der Bundesrepublik. Allerdings dürfte die hier nicht erfaßte Beilegung von verdeckter Unterbeschäftigung eine erhebliche Rolle gespielt haben. Darauf deutet die starke Abwanderung aus der Landwirtschaft hin, auf die 1965 noch 39 % aller Erwerbstätigen entfielen, 1965 jedoch „nur“ 24 %. In den übrigen Wirtschaftsbereichen stieg die Zahl der Erwerbstätigen in dieser Zeit denn auch um jährlich 3,7 %.

Das überaus schnelle Wirtschaftswachstum wurde von einer noch weit schnelleren Erhöhung der Anlageinvestitionen getragen. Ihr Volumen (hier einschließlich Wohnungsbau) stieg von 1955 bis 1965 im Durchschnitt um jährlich 14,9 %. Der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt erhöhte sich von 19,9 % auf 32,1 %. Damit wurde in dieser Hinsicht die Bundesrepublik, deren entsprechende Investitionsquote in der gleichen Zeit von 22,5 % auf 26,6 % stieg, weit überflügelt. Allerdings darf als zukunftsweisende Tatsache nicht übersehen werden, daß sich die Investitionsquote in Japan seit 1960 nur noch geringfügig erhöht hat.

Die außerordentlich schnell steigende Kapitalintensität der japanischen Wirtschaft hatte, begünstigt durch die erheblichen Struktureffekte infolge der Schrumpfung der landwirtschaftlichen Beschäftigung, eine im internationalen Vergleich einmalig hohe Produktivitätssteigerung zur Folge. Das Bruttosozialprodukt je Beschäftigten nahm preisbereinigt von 1955 bis 1965 im Durchschnitt um jährlich 8 % zu, d. h. fast doppelt so schnell wie im EWG-Raum.

Nachdem der Anstieg der Investitionsquote in Japan auf dem erreichten hohen Niveau mehr oder weniger zum Stillstand gekommen zu sein scheint, dürfte die Produktivität nicht mehr ganz so rasch wachsen wie bisher, wenn auch der Struktureffekt vorerst nicht schwächer zu sein braucht. Die Landwirtschaft kann nämlich auf mittlere Sicht in unvermindertem oder gar noch weiter erhöhtem Tempo Arbeitskräfte an andere Wirtschaftsbereiche abgeben. Deren Arbeitskräfteversorgung wird sich also auch dann nicht nennenswert verschlechtern, wenn die Erwerbsbevölkerung künftig etwas langsamer wachsen sollte. Eine mittelfristige Wachstumsrate des Sozialprodukts von jährlich 8,3 %, wie sie dem kürzlich veröffentlichten Entwicklungsprogramm zugrunde liegt, dürfte mithin das japanische Potential nicht überfordern. Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik muß es dabei sein, durch eine Zügelung der Inlandsnachfrage die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Gelingt dies, so kann Japan weiterhin — wenn auch mit etwas verringertem Abstand — „Spitzenreiter“ unter den westlichen Industrieländern bleiben.

ARBEITSKRÄFTEKNAPPHEIT BREMST IN DER BUNDESREPUBLIK AM STÄRKSTEN

Der Vergleich zeigt, daß sich im Zeitraum 1960 bis 1965 die Wachstumsraten der führenden Industrieländer — vor allem mit der Beschleunigung in den USA — merklich angenähert haben, wenn auch Großbritannien immer noch erheblich zurückblieb und Japan weit voraneilte. Der Produktionsanstieg in der Bundesrepublik übertraf im Gegensatz zu den fünfziger Jahren nach merklicher Verlangsamung nicht mehr den allgemeinen Durchschnitt. Eine mittelfristige Projektion der Wachstumsaussichten für die nächsten Jahre kommt zu dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik außer Japan, das aber seine Spitzenposition hält, auch weiterhin das einzige große Industrieland bleibt, das zwangsläufig mit einem nochmals nennenswert verringerten Produktionsanstieg rechnen muß.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts
(preisbereinigt, mittlere jährliche Zunahme in %)

Land	1955-1960	1960-1965	Mittelfristiges ¹⁾ Wachstum- potential
BR Deutschland	6,3	4,9	4
Frankreich	4,8	5,1	5
Italien	5,5	5,1	5
Großbritannien	2,6	3,3	3
USA	2,2	4,7	4,5
Japan ²⁾	9,7	9,5	8

¹⁾ Vgl. dazu die Ausführungen bei den einzelnen Ländern

²⁾ Bruttosozialprodukt

Die wichtigsten Bestimmungsfaktoren für das mittelfristige Wachstumspotential weisen eine Reihe bemerkenswerter Unterschiede zwischen den führenden Industrieländern auf. Das gilt zunächst für die künftige Entwicklung der jeweiligen Erwerbsbevölkerung, wobei die Frage der beruflichen Qualifizierung hier außer Betracht bleiben muß. Die Bundesrepublik ist das einzige Land, das bereits auf Einwanderung angewiesen ist, um auch nur den gegenwärtigen Arbeitskräftebestand zu erhalten. Abgesehen von Großbritannien wird dagegen in den anderen Ländern mit einer beachtlichen Zunahme gerechnet. In Japan, Italien und Frankreich läßt überdies der hohe Anteil landwirtschaftlich Erwerbstätiger auf ein mehr oder minder großes Maß verdeckter Arbeitslosigkeit schließen, die durch die weitere Strukturverschiebung zugunsten anderer Bereiche abgebaut werden kann.

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist — bei Außerachtlassung verbesserter Kapazitätsauslastung — primär von der Steigerung des Kapitaleinsatzes abhängig. Die Untersuchung konnte für diesen Bestimmungsfaktor — vor allem, weil Angaben über das jeweilige produktive Anlagevermögen fehlen — nur indirekt Anhaltspunkte bieten. Danach aber ermöglicht die hohe Investitionsquote der Bundesrepublik weiterhin recht beträchtliche Produktivitätsfortschritte, obwohl sie z. B. im Vergleich mit Frankreich und Italien nur viel geringere Struktureffekte durch eine weitere Verlagerung der Produktionsfaktoren von Bereichen mit geringer in solche mit höherer Produktivität erzielen kann. Am günstigsten ist hier die Konstellation in Japan durch das Zusammentreffen der höchsten Investitionsquote mit besonders großen potentiellen Struktureffekten. Umgekehrt begrenzt in Großbritannien und den USA die Kombination von niedriger Investitionsquote und nur noch relativ geringen Möglichkeiten zur weiteren Verringerung des Faktoreinsatzes in der Landwirtschaft die erzielbaren Produktivitätsfortschritte.

In einer modernen wachstumsorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird mit derartigen Überlegungen eines der wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele näherungsweise quantifiziert. Dabei ist die Investitionsquote theoretisch durchaus variabel, d. h. zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen steigerungsfähig. Aber einem derartigen Vorhaben sind erfahrungsgemäß in kurzen Zeiträumen relativ enge Grenzen gesetzt, wenn gleichzeitig die binnen- und außenwirtschaftliche Stabilität gewahrt werden soll. Muß diese erst mit scharfen Restriktionen wiederhergestellt werden, dann reagiert wiederum die Investitionstätigkeit am stärksten, d. h. mit der erwünschten Nachfragedämpfung im Augenblick wird zugleich das Wachstumspotential für die Zukunft geschmälert. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen für alle hier behandelten Volkswirtschaften, wie schwierig es ist, den Pfad maximalen Wachstums am Rande des Gleichgewichts einzuhalten.